Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfge., durch die Post 1,5 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme außerdem Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Berlin, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
jetzt
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege.
Domicilstelle für Wechsel.

Nacht-Telegramme.

Konstantinopel, 24. April. Die Pforte richtete eine Note an die Mächte, worin der Zusammentritt einer europäischen Kommission für Ostrumelien verlangt wird, um die von der Pforte, gemäß des Berliner Vertrages, die für die europäisch-türkischen Provinzen ausgearbeiteten Reformentwürfe zu prüfen.

Kinder-Garderoben-Magazin
von **J. Boss,** Wilsdrufferstrasse 43
empfiehlt ein reichhaltiges Lager **eleganter Garderobe** für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren. Bestellungen nach Maass werden in eigenen Ateliers prompt erledigt.

Nr. 116. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Veränderlich, zeitw. Niederschläge, Temperat. noch etwas abnehm. **Dresden. Sonntag, 25. April.**

Politisches.

Um eine gründlichere, vor Ueberraschungen und Widersprüchen gesicherte Berathung der Vorlagen im Bundesrathe zu erreichen, wird eine neue Geschäftsordnung ausgearbeitet. Und sein erstes Probestück damit soll der Bundesrath an einer Vorlage machen, die vom Himmel schneit und Hals über Kopf noch durch alle Instanzen im Bundesrathe und Reichstage selbst durchgeprescht werden soll. Es ist die neue Personal-Wehrsteuer. Die Bundesrathsmitglieder sehen sich, wenn nicht verblüfft, so doch verlegen an. Auf eine solche Ueberraschung waren sie nicht vorbereitet. Es kommt ihnen vor, als sollten sie ironisirt werden. „Arbeitet langsamer!" ruft ihnen der Reichskanzler zu. „Hier ist eine neue Militärsteuer", schaltet der Kriegsminister v. Kameke erläuternd ein, „die muß unbedingt binnen kürzester Frist fertig werden". Deutschland wird jedoch nicht gut thun, sich über den Bundesrath lustig zu machen. Die Zeiten sind ernst und der Bundesrath, dem man von zwei verschiedenen Seiten so zusetzt, verdient weit eher die moralische Unterstützung der Nation, als Spott. Der Bundesrath müht sich redlich, seine verfassungsmäßigen Befugnisse, ohne welche Deutschland dem Einheitsstaate gar rasch entgegenwankte, vor Anfechtungen zu bewahren und neue schwere Steuerbelastungen vom Volke abzuhalten. Die Stellvertretungen, die neulich dem Kanzler scheinbar eine so böse Stunde bereiteten, werden durchaus nicht völlig abgeschafft, sondern nur vor Mißbräuchen bewahrt. Man wird eine Einrichtung treffen, wornach auch die Kleinstaaten ihre Stimmen abgeben können, ohne sich durch die Kosten einer ständigen Vertretung in Berlin finanziell zu sehr zu belasten. Bedenklich ist die Einführung der doppelten Lesung eines Gegenstandes, der schon das Fegefeuer der Ausschußberathung passirt hat. Die Bundesräthe stimmen doch nicht blos nach ihrer Ueberzeugung, sondern geben zumeist ihre Stimmen nach den Instruktionen ab, die sie von ihren heimischen Regierungen erhielten. Da sich aber im Reichstag die Einrichtung der mehrfachen Lesung als ein sehr bequemes Mittel bewährt hat, das Nein in ein Ja umzuwandeln, so soll offenbar die Einführung dieses Verfahrens im Bundesrathe dazu dienen, der etwaigen Opposition einer ersten Lesung Zeit zu verschaffen, sich eines Besseren zu besinnen. Da aber der Reichstag an sich erfahren hat, wie wenig dabei an Ansehen zu gewinnen ist, so will der Bundesrath behufs Aufrechterhaltung seiner Würde dem Publikum nicht Einblick in diese Vorgänge gestatten und beschließt daher die Geheimhaltung seiner Verhandlungen als Regel.

Die Wehrsteuer ist im Prinzip gerecht. Sie ist eine billige Ausgleichung der Opfer, welche die Dienstpflichtigen in natura bringen müssen, durch die aus zufälligen Ursachen davon Befreiten. Ob aber die Skala, welche laut „Tagesgesch." von den Befreiten, resp. ihren Angehörigen, zu zahlen sein wird, billig und glücklich abgestuft ist, das erfordert denn doch eine ruhige Prüfung. Mit dem Durchhetzen solcher Steuergesetze, die auf die davon Betroffenen in einer Weise wirken, wie sich die hohen Herren in der Regierung oft gar nicht vorzustellen vermögen, hat Deutschland doch gar zu bittere Erfahrungen schon gesammelt. Mit Militärsachen geht es aber bekanntlich unendlich rasch. In den Jahren 1875—78 wurden ungefähr 214,000 Personen von der Wehrsteuer befreit. Diese neue Personal-Wehrsteuer stellt übrigens nur einen Theil der Steuerüberraschungen vor, die uns noch bevorstehen. „Ich brauche viel, sehr viel Geld, um meine Pläne in Erfüllung gehen zu sehen", so sprach Fürst Bismarck vor einiger Zeit bei einem parlamentarischen Diner sich aus. Der „Börsen-Courier" erläutert dies also:

„Fürst Bismarck will durch neue gewaltige Pläne seine Bewunderer hinreißen, seine Gegner zu erschrecken suchen. Auch die Wehrsteuer ist nur ein kleines Glied in der großen Kette der Finanzreform, deren Grundlage am letzten Ende doch immer das Tabakmonopol sein soll."

Daher steht uns noch Folgendes bevor. Um die Biersteuer, gegen die sich der Reichstag durchaus ablehnend verhält, ihm schmackhafter zu machen, wird eine Erhöhung der Branntweinsteuer (man sagt, eine Verdoppelung) vorgeschlagen. Die Conservativen, die großen Grundbesitzer Preußens, werden dazu freilich ein böses Gesicht schneiden. Aber giebt es noch einen Widerstand gegen den Willen des Reichskanzlers? Bei der Börsensteuer sollen die Steuersätze erhöht und auf Einführung einer Quittungssteuer bestanden werden. Beim Tabak ist immer noch das Monopol „das Ideal". Welch ein Widerspruch! An dem Zolltarif soll nicht das Mindeste gerüttelt, selbst der Flachszoll, der nur aus Versehen in den Tarif hineingerathen ist, nicht beseitigt werden, aber die Neuordnung der Tabakssteuer, das mühsame Werk langer Jahre, soll schon wieder nicht mehr bestehen dürfen. Was thut's, daß tüchtige Kenner der Verhältnisse, wie Delbrück, sogar die Möglichkeit der Einführung des Monopols in Deutschland bestreiten — die arme Tabaksindustrie darf nicht zur Ruhe kommen. So drängen sich in die letzten Wochen des Reichstags die folgenschwersten Gesetze. Das ist der regelmäßige Verlauf einer Sitzungsperiode des Reichstags. Er arbeitet redlich und angestrengt, das Ende seiner Arbeiten naht, man berechnet seinen Schluß ziemlich glaubhaft, auf einmal öffnen sich die Schleußen des Himmels wie bei der Königsparade und Ströme von neuen Vorlagen wichtigster Natur stürzen auf die Häupter herab. Nur dürfen Bundesrath und Reichstag nicht so rasch den Paradeplatz räumen, sondern müssen aushalten und exerziren, bis Jupiter Pluvius genug hat. Ausbaden aber muß Alles das Volk. So wird auch diesmal das Ende des Reichstags Gesetze und Besteuerungszwecke der größten Tragweite in seinem Schooße halten und das Ende des Reichstags sich unter Umständen bis zum 27. Mai hinausziehen. Schließlich wird die Regierung ihren Willen voll durchsetzen. Einen stärkeren Beweis hiefür, als der Verlauf der Samoavorlage, giebt es nicht. Die überzeugendsten Gründe gegen die Unterstützung von Bankerotteuren durch Reichsmittel prallen mit zerschmettertem Schädel ab, wie Möven, die gegen die dicken Glasscheiben von Leuchtthürmen prallen. 300,000 Mark jährlich auf 20 Jahre hinaus soll das Reich in die verkrachte Südseegründung stecken, und wenn diese Summen gezahlt sind, so haben die Steuerzahler das Nachsehen. Gezahlt aber muß werden. Die heftigsten Kämpfe stehen in den nächsten Tagen bevor, prophezeit mit gutem Grunde die „N.-Ztg." Die Opposition im Bundesrathe sei zwar durch den Kanzler im Keime erstickt worden, aber er wisse, was bevorstehe?

Für die Häupter der französischen Republik bedeutete der Anfang der Kammersitzungen nichts Gutes. Der Präsident des Senats, Martel, weilt seines Brustleidens wegen in Nizza. Er wollte vom Präsidentenstuhl abtreten, hat sich aber auf dringende Bitten Gambetta's bewegen lassen, auszuharren, da sonst der Senat den gefährlichsten Gegner Gambetta's, den Jesuitenfreund Jules Simon, mit dem Präsidium betraut hätte. Auch der Präsident der Republik, Grévy, erlebte Herzeleid. Warum war er aber auch schwach genug, seinen unfähigen, hartnäckigen und bestechlichen Bruder Albert als Gouverneur nach Algier zu senden? Dieser saubere Bruder ist nicht nur total unfähig, sondern macht auch faule Sachen mit Eisenbahnconcessionen. Ein Bonapartist, der dies offen aussprach, wurde freilich von der tyrannischen Kammer sofort auf 1 Monat ausgeschlossen, aber dieser Terrorismus der Republikaner beweist nur die Schlechtigkeit ihrer Sache in diesem Falle. Die gesammte Rechte machte Miene, den Saal zu verlassen, worauf Gambetta drohte, die, welche das Signal zum gemeinsamen Saalverlassen gäben, ebenfalls auszuschließen. Ein unerhörter Terrorismus! Damit, daß die Republikaner das Verhalten des nichtsnutzigen Albert Grévy billigten, aber eine Untersuchung verlangten, wird ihr Verhalten nur noch seltsamer. Sie wollten den Präsidenten der Republik selbst schonen. Wie verfehlt! Der ist ein Ehrenmann, aber er sollte nicht mit seiner Autorität die faulen Streiche seines Bruders decken. Das discreditirt nur die Republik selbst.

So sehr sich die Königin von England gegen die Premierschaft Gladstone's sträubt, so muß sie sich doch allem Anscheine nach dazu entschließen. Die gemäßigten Führer der Whigs, die Lords Granville und Hartington, lehnen das Amt ab und die Königin muß zu dem verhaßten Gladstone schicken. Den Lords kann man ihre Weigerung kaum verargen, denn ohne Gladstone schwebt ihre Ministerherrlichkeit in der Luft. Ob aber Gladstone Lust hat, einer Königin zu dienen, die ihn persönlich haßt, ist noch zweifelhaft. Vielleicht begnügt er sich mit dem Triumphe, daß ihm die Königin das Portefeuille anbot, er es aber ausschlug. Maßgebend bleibt sein Einfluß auf die Regierung, mag er Premier- oder Minister ohne Portefeuille sein. Und im Oriente werden wir bald die veränderte Lage wahrnehmen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 24. April. Reichstag. Unterstaatssekretär Scholz begründete die Münznovelle, durch welche der Höchstbetrag des umlaufenden Silbergeldes von 10 auf 12 Mk. pro Kopf der Bevölkerung erhöht werden soll. Die Novelle stehe vollständig auf dem Boden des Münzgesetzes, sie suche nur einem effektiven Bedürfniß abzuhelfen. Von der nachgesuchten Ermächtigung solle nicht sofort, sondern nur allmälig Gebrauch gemacht werden. Zugleich handle es sich um Verwerthung des vorhandenen Silbermaterials aus den Einziehungen von Silberthalern (300,000 Pfund fein); es wäre nicht gerechtfertigt, dasselbe länger zinslos liegen zu lassen. Es solle also nicht neues Silber ausgeprägt werden. Bamberger: Die Frage sei gewissermaßen nur eine Kaffenfrage. Es stehe nicht im Gesetz, daß neues Silber nicht ausgeprägt werden solle; der Regierungskommissar habe dies zwar zugesagt, aber in der Münzpolitik würden oft die besten Absichten der Regierungen zuschanden, weshalb er einen diesbezüglichen Antrag stellen werde. Es komme bei der Ausgabe von Scheidemünze nicht auf die Zusammensetzung an, wenn die Ausgabe nur nicht in zu großem Umfange erfolge. Man dürfe die Scheidemünze nicht ohne Bedarf vermehren, wenn man sich nicht großen Schädigungen aussetzen wolle. Auch in dieser Beziehung stellte er ein Amendement in Aussicht. v. Kardorff: Die Vorlage sei nur ein Theil des von der Goldwährungspartei ausgegebenen Programms. Der Gewinnst aus dieser Manipulation soll zur Deckung des Verlustes bei den Silberverkäufen dienen; um diesen Verlust gleich vollständig decken zu können, habe man Anfangs die Erhöhung der Scheidemünzen auf 18 Mk. pro Kopf in Aussicht genommen. Die Regierung habe die Vorlage gemacht, weil sie es nicht allein verantworten wolle, Marktstücke auszugeben, die nur 75 Pf. werth seien. Die wirthschaftlichen Gefahren, welche durch diese Vorlage heraufbeschworen würden, seien ganz andere, schwerere, als die gestern in Betracht gekommenen. Graf v. Stollberg-Wernigerode: Der Versuch, zur Goldwährung überzugehen, sei ein Fehler gewesen, aber jetzt müsse man den status quo festhalten. Die Vorlage widerspreche demselben, die Summe der unterwerthigen Silbermünzen solle im Verhältniß zu 5 : 6 erhöht werden. Die hierbei hervortretende Differenz würde bei einem Uebergange zur Doppelwährung verloren gehen. Mehr Silbergeld sei allerdings Bedürfniß, aber man solle die alten Silberthaler wieder in Umlauf setzen. Dr. Delbrück für die Regierungsvorlage, obgleich er eine schärfere Motivirung der Bedürfnißfrage gewünscht hätte. Unterstaatssekretär Scholz wies auf die Maßregeln hin, die getroffen wurden, um dem kleingeldbedürftigen Norddeutschland aus dem Süden Silbergeld zuzuführen. So sei das umlaufende Silbergeld in Preußen um vier Millionen, in Sachsen, aus dem die meisten Klagen gekommen und gegenwärtig noch kommen, um 1 Million 300,000 Mark vermehrt worden, das war indeß die äußerste Grenze; darauf habe Baiern erklärt, es könne nicht mehr Silbergeld abgeben. Nicht um einen Vortheil handele es sich, sondern um 30 Millionen Mark, die zinslos daliegen, d. h. Zinsen kosten. Von einem Verlust bei etwaigem Uebergange zur Doppelwährung könne nicht die Rede sein, da man ja doch das Material in Händen behalte. von Lenthe legte die Nachtheile der Goldwährung dar. Mosle ist für die Vorlage. von Helldorf-Bedra will wissen, wie viel Thaler noch im Umlaufe sind, ehe er sich entscheiden kann. v. Kardorff hält auch eine diesbez. Enquete für nöthig; man tappe vollständig im Dunkeln darüber, wie viel Silber und Geld wir eigentlich besitzen. Bundeskommissar Schraut entgegnete, daß sich der Betrag der noch vorhandenen Silberthaler auf 410 Mill. M. beziffere. Bei der Abstimmung über Verweisung der Vorlage an eine Kommission ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses. — Nächste Sitzung: Montag. Auf der Tagesordnung: Gewerbeordnungsrevision (also nicht Stempelgesetz); der Reichskanzler kommt sonach wieder nicht.

Berlin, 24. April. Die „Norddeutsche" widerspricht dem Gerücht, daß die Kanzlerkrise auf reichsfeindliche Tendenzen einzelner Regierungen zurückzuführen sei und daß ausländische Einflüsse auf die Haltung dieser Regierungen eingewirkt haben; es handelte sich nur um innere Fragen. Der Reichskanzler hielt sich nicht für berechtigt, Bundesrathsbeschlüssen, wofür er die Verantwortung nicht übernehmen wollte, die Ausführung zu versagen, ohne vorher dem Kaiser sein Amt zur Verfügung gestellt zu haben. Der Reichskanzler fühlte das Bedürfniß, dem Mangel eines disziplinarischen Zusammenhanges unter den Reichsbehörden eindrucksvoll entgegen zu wirken. — Es verlautet, Freiherr von Roggenbach werde die Stelle im auswärtigen Amt übernehmen, die Fürst Hohenlohe jetzt interimistisch bekleidet.

Wien, 24. April. (Abgeordneten-Budget-Debatte.) Bei Berathung der slawischen Mittelschulen beantragt Gomperz: Nur nach einer strengen Prüfung des reellen Bedürfnisses bei der Uebernahme der Mittelschulen in Mähren und Böhmen auf den Staatsetat vorzugehen. Der Antrag wird abgelehnt, der Ausschußantrag indeß angenommen. Infolge Widerstandes der Albanesen erneuert Montenegro nicht den Versuch der Besitzergreifung des Gusinjegebiets, sondern appellirt an die Großmächte.

London, 24. April. In unterrichteten Kreisen erwartet man, daß Lord Dufferin anstatt Lytton Vicekönig von Indien würde. Ein Punkt in dem liberalen Programm lautet: Abtretung Cyperns an Griechenland.

Stockholm, 24. April. Der König hat den Umschiffer Sibiriens, Professor Nordenskjöld, in den Freiherrnstand, die Kapitäne der „Vega", Palander und Dickson, in den Adelsstand erhoben. — Die „Vega" wird heute Abend hier eintreffen; zum Empfange derselben sind viele Tausend Fremde hier anwesend.

Locales und Sächsisches.

+ — Da am Freitag der Geburtstagsfeierlichkeiten halber die Vorträge der Staatsminister bei dem Könige unterblieben waren, kam gestern Mittag Se. Majestät zur Erledigung der Regierungsgeschäfte nach der Residenz.

— Se. Hoh. der Herzog von Sachsen-Altenburg ist gestern Vormittag wieder abgereist.

— Die durch Avancements ihrer Obersten erledigten Kommandeursstellen der beiden Ulanen-Regimenter Nr. 17 und 18 sind den Majoren v. Einsiedel und Frh. v. Welck verliehen worden.

— Zur Theilnahme an einer Eisenbahn-Konferenz weilte gestern der General-Direktor der Staatsbahnen, v. Tschirschky, in Cottbus.

— In der von dem Herrn Kriegsminister v. Fabrice vorgestern gegebenen Soiree fanden die Festlichkeiten zu Königs Geburtstag ihren glänzenden Abschluß. Hier vereinigt sich bei diesem festlichen Anlaß aus der sächsischen Residenz Alles, was man, spielte die Szene in Paris, unter dem Sammelnamen Tout Paris begreifen würde oder um eines der Flügelworte des Grafen Vitzthum zu citiren, das er einst unter dem stürmischen Gelächter des Reichstags zum Besten gab, da ist Alles vertreten, „vom Adel bis zum Künstler herab". So aber faßt man bekanntlich in den Salons des Herrn v. Fabrice die Sache nicht auf, vielmehr ergiebt das glänzende Durcheinander der durch Rang, Stellung, Reichthum, Geist oder künstlerische Leistungen ausgezeichneten Elemente des höheren gesellschaftlichen Lebens Dresdens eine äußerst glückliche Mischung. Es überwiegt begreiflicher Weise der militärische Factor. Die neuernannten Herren Generäle und Obersten sind von zahlreichen Gratulanten umringt, alle Truppengattungen und Chargen sind vertreten. Inmitten all dieser glänzenden Uniformen bewegen sich in goldgestickten Hofkleide die Gesandten, die höheren Hof- und Staatsbeamten und in bürgerlichem Gewande parlamentarische Persönlichkeiten, Repräsentanten der Residenz und der Bürgerschaft, von Kunst und Wissenschaft und des gelehrten Berufs. Den reizendsten Schmuck aber bilden die Damen, „diese Rosen des Lebens", die auch diesmal wieder in einer großen Zahl lieblicher Gestalten die Feststimmung animirten. Der Festgeber, Exc. v. Fabrice, in der großen Generalsuniform des Gardereiterregiments, begrüßte nebst seiner Gattin die von ½9 Uhr ab seine glänzenden Paradezimmer rasch anfüllenden Gäste. Für jeden Neuangekommenen hatten Hausherr und Hausfrau ein freundliches Wort. Das Staatsministerium war in den Ministern v. Nostitz, Dr. v. Gerber, v. Könneritz und v. Abeken vollzählig erschienen, die Diplomatie entsendete nächst dem Bruder des Herrn Ministers, dem aus München nebst Familie anwesenden k. sächsischen Gesandten von Fabrice, als Gesandte den lebhaft beweglichen Russen v. Nelidow, eine echt slavische Erscheinung, zu dem der österreichische Gesandte Graf Trostburg-Wolkenburg mit seinem wallenden weißen Vollbart und dem echt germanischen Gesichtsschnitt in einem interessanten ethnographischen Gegensatz stand; ferner den bairischen Gesandten v. Gasser, den k. preußischen Legationsrath Fürsten v. Thurn und Taxis in der rothen Uniform des (katholischen) Malteserordens, die österreichischen Gesandtschaftssekretäre v. Biegeleben und Sternberg, den russischen Attaché v. Silvansky, den schwedischen Generalconsul Rosenkranz, den englischen Consul Hesse, den englischen Gesandtschaftsprediger Gilderdale in schwarzem Priestertalare mit breiten rothen Taffetaufschlägen. Die obersten Hofchargen waren durch den Oberhofmarschall v. Könneritz, Hausmarschall Grafen Vitzthum und Obermundschenk v. Metzsch vertreten, in Kammerherren-Uniform erschienen Graf Luckner und Herr v. Miltitz. Von der Generalität bemerkten wir die Excellenzen Senft v. Pilsach, v. Funke und den Commandanten der Festung Königstein, v. Leonhardi, die Generalmajore v. Rudorf, v. Carlowitz, v. Hausen, v. Einsiedel, Walther, dann Oberst v. Tschirschky-Bögendorf ꝛc. Von der Landesvertretung waren Präsident v. Jehmen und die Abgg. Wönisch, Walter, Heger, Grahl, Käuffer, Scheller, Penzig und Roth anwesend. Von den höheren Staatsdienern erblickten wir den Geh. Rath v. Körner, der anläßlich seiner Nobilitirung zahlreiche Glückwünsche empfing, die Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Landesmedicinal-Collegiums und der Oberrechnungskammer v. Weber, Dr. Reinhard, v. Schönberg, den Geheimen Rath Schmalz, den Geh. Medicinalrath Dr. Günther, den Polizeipräsident Schwauß, die Geh. Schulräthe Dr. Hahn und Berthelt, Geh. Reg.-Räthe Sperder und v. Koppenfels, die Gebrüder Geh. Räthe Meusel, den Director des Polytechnikums, Geh. Bergrath Dr. Zeuner, Polizeirath Haberkorn, Amtshauptmann Berndt, Justizrath Anton, Landbaumeister Ganzler und viele Andere. Als Vertreter der Kirche war Oberconsistorialrath Dr. Meier erschienen, als solche der Stadt Oberbürgermeister Dr. Stübel und Stadtrath Kunze; die Handelswelt war durch Kammerpräsident Rülcke, die Künste durch Galeriedirector Hübner, Kapellmeister Wüllner, Kammervirtuos Grützmacher, die Bildhauer